

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Herrn Minister Wolfgang Clement
Scharnhorststr. 34 - 37

10115 Berlin

Elberfelder Str. 77
42853 REMSCHEID
Postfach 10 03 62
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-31
Telefax 0 21 91/4 38-79
e-mail fwi@werkzeug.org
Internet www.werkzeug.org

26. Juni 2003
LI/Re

**Das deutsche verarbeitende Gewerbe braucht wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen: Dann gibt es auch wieder Arbeitsplätze!
Ergebnis einer Umfrage in der deutschen Werkzeugindustrie**

Sehr geehrter Herr Clement,

im Namen der deutschen Werkzeugindustrie darf ich Ihnen Anerkennung für die Energie aussprechen, mit der Sie eine Neuorientierung in der deutschen Wirtschaftspolitik anstreben.

Wir hoffen Ihnen mit nachstehenden Fakten zusätzliche Argumente liefern zu können, um die dringend notwendigen Reformen durchzusetzen, die unser Staatswesen braucht, um das Überleben einer Industrie wie der Werkzeugindustrie zu ermöglichen.

In einer Umfrage haben wir von unseren Mitgliedern folgende Angaben erhalten, wo sie "der Schuh drückt".

Zu 100% der betroffenen Unternehmen geben die Antwort,

1. daß das deutsche Kündigungsschutzrecht Arbeitsplätze verhindert, weil hierdurch Unternehmen besonders vorsichtig mit Neueinstellungen umgehen müssen.
2. daß das kürzlich neugefaßte Betriebsverfassungsgesetz eine Bremse für die Unternehmensentwicklung und die notwendigen Entscheidungen zur Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen ist.
3. daß ein verstärktes Angebot von Zeitarbeitern über die Personalagenturen der Arbeitsämter, allerdings zu höheren Tarifen als bisher gewohnt (Equal pay) nicht dazu führen wird, daß sie verstärkt Leiharbeitnehmer in Anspruch nehmen.
Durch den Zwang zu Branchentarifen / Alternativ "Equal pay" sind daher nach Ansicht unserer Mitglieder die angestrebten zusätzlichen Jobs in der Zeitarbeit nicht zu erreichen.

Im Gegenteil: Die Betriebe, die heute z. B. Vakanzen oder Auslastungsschübe durch Zeitarbeiter abfedern, werden durch die erhöhten Kosten zusätzlich belastet, was ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich noch weiter verschlechtert.

4. Ca. 75% der Antwortenden sind der Meinung, daß eine Selbstbeteiligung am Krankheitsrisiko durch den Arbeitnehmer z.B. in Form von Karenztagen dazu führen dürfte, Krankheitsquoten und damit Personalkosten zu senken und mithin die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich zu erhöhen.
5. Alle Unternehmen hielten den durch Streiks in der Automobilindustrie erzwungenen Tarifabschluß 2002 im Bereich Metall für zu hoch und sehen darin eine weitere Gefährdung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
6. 100% aller betroffenen antwortenden Unternehmen suchen nach Alternativen zum für sie zu teuren Metalltarif: Angesichts einer Personalkostenquote von 37% in der Werkzeugindustrie ist dieser Tarif, mit dem die Automobilindustrie angesichts einer Personalkostenquote von nur ca. 16% möglicherweise leben kann, für uns industrielle Mittelständler existenzbedrohend! Für die Flucht aus dem Flächentarif gibt es derzeit aber praktisch keine Lösung.

Nachfolgend noch einige Fakten aus dem Umfeld unserer Branche:

1. In der Metallindustrie in Deutschland sind seit 1991 über 1,4 Mio. Arbeitsplätze verloren gegangen. Das ist jeder dritte Arbeitsplatz in dieser Branche. Gleichzeitig heißt das, daß 30% der gesamten heutigen Arbeitslosenquote aus dem Rückgang von Jobs in der Metallindustrie entstanden ist.
2. Während in Europa außerhalb Deutschlands von 1991 - 2001 8,8% zusätzliche Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe geschaffen wurden, wurden in Deutschland 15,1% abgebaut. Das ist im Vergleich mit "Rest-Europa" ein Verlust von fast 25% aller Arbeitsplätze in diesem Segment.
3. Der Trend scheint sich in den nächsten Jahren noch weiter zu beschleunigen: Bei einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer in Remscheid antworteten 54% aller Befragten, daß sie in den nächsten 3 Jahren (ihre) Produktion ins Ausland verlagern wollen.
Die Ideologie der IG Metall — zu deren Tarif eine Mehrzahl unserer Mitglieder gehört — durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich die Arbeit auf mehr Schultern verteilen zu wollen, ist offenkundig gescheitert, indem de facto die Arbeit nicht auf mehr deutsche Arbeitnehmer, sondern von Deutschland ins Ausland verlagert wurde:
 - a) Weil deutsche Unternehmen in Bezug auf ihre Kostenstruktur nicht mehr wettbewerbsfähig sind und schrumpfen, schließen oder gar insolvent werden bzw.
 - b) Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.
4. Die deutsche Werkzeugindustrie ist von den oben genannten Entwicklungen doppelt betroffen, da hochwertiges deutsches Werkzeug in erster Linie vom verarbeitenden Gewerbe genutzt wird: Der Abbau von Arbeitsplätzen dort läßt auch unseren Absatz im Inland schrumpfen. Gleichzeitig schwächen steigende Lohnnebenkosten und Tariferhöhungen weit über der Produktivitätsschwelle (Metalltarifabschluß 2002) unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Wir hoffen Ihnen mit obigen Informationen eine konstruktive Rückkopplung zu Ihren Reformbemühungen gegeben zu haben.

Die deutsche Werkzeugindustrie braucht — wie das gesamte verarbeitende Gewerbe — Standort- und Arbeitsbedingungen, die international wettbewerbsfähig sind. Nur dann wird der rapide Rückgang von Arbeitsplätzen in Deutschland zu stoppen oder gar umzukehren sein.

Für uns ist erkennbar, daß die Agenda 2010 ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber nicht ausreichen wird: Weitere Einschnitte im Arbeitsrecht sind unverzichtbar.

Die Regelung zum "Equal pay" bei der Zeitarbeit muß rückgängig gemacht werden.

Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden: Hier ist die Bundesregierung seit Jahren im Wort.

Aber ohne international wettbewerbsfähige Tarifverträge werden alle ihre Bemühungen zu einer Verbesserung der Wachstumsbedingungen am Standort Deutschland zum Scheitern verurteilt sein, weil Investitionen in Arbeitsplätze in Länder gehen werden, die günstigere Bedingungen anbieten.

Hier ist speziell mit der Ideologie der "Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich" aufzuräumen, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitsplätze seit vielen Jahren mindert.

Fehlentwicklungen wie die in der westdeutschen Metallindustrie sind rückgängig zu machen.

Sehr geehrter Herr Clement,

wir haben — wie Sie — das Ziel und die Vision, in Deutschland wieder etwas wachsen zu lassen und Arbeitsplätze zu schaffen: In USA ist die Werkzeugbranche von 1990 - 2001 — konjunkturgetrieben — um 75% gewachsen und hat 9% zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Von der Qualität unserer Produkte und der Leistungsfähigkeit unserer Betriebe fühlen wir uns den Amerikanern durchaus überlegen ...

Was wir brauchen, sind wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen!

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.

Der Geschäftsführer


Langelüdecke